



An den Grossen Rat

22.5178.02

GD/P225178

Basel, 22. Juni 2022

Regierungsratsbeschluss vom 21. Juni 2022

Schriftliche Anfrage Jessica Brandenburger betreffend Brückenbauer*innen für die psychische Gesundheit von Geflüchteten in Basel-Stadt

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Jessica Brandenburger dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine sind Tausende von Menschen auf der Flucht. Auch in Basel-Stadt kommen jeden Tag geflüchtete Menschen an, die auf der Suche nach Sicherheit und einer Perspektive den Weg zu uns gefunden haben. Als einer der sechs nationalen Standorte der Bundes-Asylzentren befindet sich in Basel eine wichtige Anlauf- und Kontaktstelle für die geflüchteten Menschen in der Nordwestschweiz. Wie lange dieser Krieg dauern wird und wie lange diese Menschen in Basel bleiben werden, kann niemand abschätzen.

Die psychischen Folgen von Krieg und Flucht sind bekannt: psychische Traumata begleiten viele Geflüchtete für eine lange Zeit, die Betroffenen leiden unter dem Erlebten. Ohne eine entsprechende Verarbeitung sind Betroffene oft kaum in der Lage, in ihrer neuen Lebenssituation anzukommen oder sich zu integrieren. Die Folgen solcher Traumata sind insbesondere bei Kindern schwerwiegend, da diese zeitgleich mit wichtigen Entwicklungsschritten und der schulischen Grundbildung durchlebt werden. Deshalb ist es zentral, dass wir als Kanton die psychischen Folgen von Krieg und Flucht ernst nehmen und entsprechende Angebote zur Unterstützung geflüchteter Menschen bereitstellen.

Seit Ende 2020 und noch bis Ende 2023 bieten das Kompetenzzentrum für Migration und Trauma und das NCBI (National Coalition Building Institute) im Kanton Zürich und angrenzenden Kantonen Unterstützung für psychisch belastete Geflüchtete als Teil des nationalen Demonstrationsprojekts "Brückenbauer*innen für die psychische Gesundheit von Geflüchteten". Das Projekt "Brückenbauer*innen für die psychische Gesundheit von Geflüchteten" hat die niederschwellige Stabilisierung von traumatisierten Geflüchteten zum Ziel. Neben ambulanter Psychotherapie erhalten die Geflüchteten Unterstützung in ihrer Muttersprache durch gut integrierte und dafür ausgebildete Brückenbauer*innen aus verschiedenen Sprachgruppen. Im Rahmen des Projekts wird eine innovative, interdisziplinäre und hybrid-finanzierte Kooperation zwischen Psychiatrie und Soziointegration entwickelt, welche das Selbstmanagement der Geflüchteten fördert.

In Basel-Stadt unterstützen und begleiten die HEKS Brückenbauer*innen fremdsprachige Familien und Erziehungsberechtigte bei Missverständnissen und Kommunikationsschwierigkeiten aufgrund von kulturellen und soziokulturellen Differenzen und unterstützen die soziale Integration im Quartier. Seit 2022 sind die Brückenbauer*innen im ganzen Kanton aktiv. Laut der Website der HEKS wird das Projekt vom Kanton finanziert.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Angebote für die Verbesserung der psychischen Gesundheit von Geflüchteten bestehen bereits heute? Sind die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen für die zunehmende Anzahl Personen aus der Ukraine vorhanden?
2. Sieht der Regierungsrat die Möglichkeit, das Projekt "Brückenbauer*innen für die psychische Gesundheit von Geflüchteten" aus Zürich für Basel zu adaptieren und in Zusammenarbeit mit dem bereits bestehenden Brückenbauer*innen-Angebot im Kanton umzusetzen?
3. Ist der Regierungsrat bereit, für ein solches Projekt zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen?
4. Wie sieht die aktuelle Zusammenarbeit des Kantons mit dem Bundesasylzentrum in Basel betreffend die psychologische Erstversorgung und Informationen für weiterführende Angebote aus?
5. Welche anderen Massnahmen unternimmt der Kanton, um die psychische Gesundheit von Geflüchteten zu verbessern?

Jessica Brandenburger»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Einleitung

Die psychotherapeutische Versorgung in Basel-Stadt war bereits vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine belastet. Insbesondere die Corona-Pandemie hat diese Belastung verstärkt. Das Gesundheitsdepartement (GD) ist sich dieser Problematik bewusst und versucht seit mehreren Jahren, niederschwellige psychosoziale Angebote zu etablieren. Im Fokus stehen zum einen Kinder und Jugendliche, aber auch Menschen mit Fluchterfahrung. Mit diesen Angeboten sollen Geflüchtete frühzeitig aufgefangen und entlastet werden.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Welche Angebote für die Verbesserung der psychischen Gesundheit von Geflüchteten bestehen bereits heute? Sind die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen für die zunehmende Anzahl Personen aus der Ukraine vorhanden?*

Derzeit bestehen folgende Angebote im Kanton Basel-Stadt resp. sind geplant:

a) SPIRIT für Erwachsene

Bereits vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine war das GD am Aufbau des Projekts SPIRIT (Scaling-Up psychological interventions in refugees in Switzerland) beteiligt. SPIRIT zielt darauf ab, die von der WHO entwickelte Kurzintervention «Problem Management Plus (PM+)» schweizweit zu implementieren. Als Projektzentrum fungiert das Ambulatorium für Folter- und Kriegsoffer am Universitätsspital Zürich. In Basel hat das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) die Projektleitung übernommen. Das SRK wirkt hier in Zusammenarbeit und mit finanzieller Unterstützung der Gesundheitsförderung Schweiz, der Christoph-Merian-Stiftung (CMS), dem Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) und dem Präsidiatdepartement (PD) und dem GD.

SPIRIT bildet Geflüchtete und Migranten und Migrantinnen anhand der PM+ so aus, dass sie im Sinne eines «Peer-Supports» ihren eigenen Landsleuten eine niederschwellige psychologische In-

tervention anbieten und bei ernsten Trauma-Symptomen an spezialisierte Stellen vermitteln können. PM+ konzentriert sich auf die Vermittlung von Problemlösungsstrategien sowie von Stress- und Selbstmanagementfähigkeiten. Durch den «Peer-Support» können sprachliche und soziokulturelle Behandlungsbarrieren umgangen werden. Die ausgebildeten Peers werden unter Supervision in ihren Communities eingesetzt. PM+ besteht aus fünf Sitzungen und ist für erwachsene Klienten konzipiert.

b) EASE für Jugendliche

Weiter ist das GD am Aufbau des Projekts «EASE», welches speziell auf die Bedürfnisse von kriegs-traumatisierten Kindern und Jugendlichen im Alter von 10-17 Jahren ausgerichtet sein soll, beteiligt. EASE wird ebenfalls vom SRK angeboten und basiert auf den Grundlagen von SPIRIT. Für die Adaptation gibt es bereits einen wissenschaftlichen Ansatz, der unter anderem im Libanon testweise angewendet wurde. Diesen Ansatz wird das SRK nun breit ausarbeiten und auch in Basel-Stadt für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine einsetzen; denn genau diese Altersgruppe ist besonders stark unter den Ankommenden vertreten. In einer zweiten Phase steht das Programm für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus allen Nationen offen. EASE wird von der CMS und dem GD gemeinsam finanziert.

c) FAST-REFUGE für Kinder und ihre Familien

Das GD ist zudem im Gespräch mit der Klinik für Kinder und Jugendliche (UPKKJ) der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) für ein Projekt, welches speziell für Familien mit Kindern konzipiert ist: FAST-REFUGE (Fostering Available and Sustainable Trauma-informed REFUGE for children and their families). Das FAST-REFUGE-Projekt besteht aus fünf Modulen zu den Themen Screening, Trauma-Pädagogik, Stärkung Ressourcen und Stabilisierung, Skills-Training, Supervision der Familien sowie Supervision für Multiplikatoren.

d) Weiterbildungen für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen

Weiterbildungen für Gastfamilien können bereits heute gebucht werden. Momentan werden zudem im Auftrag des GD Weiterbildungen für interkulturelle Vermittlerinnen und Vermittler sowie Dolmetschende zum Umgang mit psychischen Belastungen bei Geflüchteten konzipiert.

Die Sozialhilfe hat in Zusammenarbeit mit externen Fachleuten ihre Mitarbeitenden im Erkennen von Traumatisierungen und im Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen geschult.

e) Koordination weitere Angebote und Initiativen

Nebst den oben genannten Projekten gibt es weitere Initiativen von verschiedenen Institutionen in Basel-Stadt. Das GD unterstützt die Koordination dieser Initiativen, um die Synergienutzung zu fördern und um Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

Zusätzlich steht das GD in Kontakt mit den relevanten Berufsverbänden wie Psychiaterinnen und Psychiater der Medizinische Gesellschaft Basel (Medges), Verband der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten beider Basel (VPB) und Verband der Psychologinnen und Psychologen beider Basel (PPB), um die Kapazitäten/Auslastung der Therapeutinnen und Therapeuten einschätzen zu können.

Zu den personellen und finanziellen Ressourcen kann gesagt werden, dass es momentan nicht absehbar ist, wie sich der Krieg in der Ukraine weiterentwickeln wird und ob die Angebote in Basel-Stadt von den Geflüchteten in Anspruch genommen werden. Es ist daher sehr schwierig abzuschätzen, wie viele personelle und finanzielle Ressourcen zukünftig benötigt werden.

2. *Sieht der Regierungsrat die Möglichkeit, das Projekt "Brückenbauer*innen für die psychische Gesundheit von Geflüchteten" aus Zürich für Basel zu adaptieren und in Zusammenarbeit mit dem bereits bestehenden Brückenbauer*innen-Angebot im Kanton umzusetzen?*

Das Projekt Brückenbauer:innen des Kantons Basel-Stadt unterscheidet sich inhaltlich stark vom gleichnamigen Zürcher Projekt. In Basel-Stadt machen die Brückenbauerinnen und Brückenbauer aufsuchende Elternarbeit an der Schnittstelle zwischen Familie und Schule. Sie unterstützen und begleiten fremdsprachige Familien und Erziehungsberechtigte bei Missverständnissen und Kommunikationsschwierigkeiten, die aufgrund von kulturellen und soziokulturellen Differenzen zwischen Familie und Schule entstehen.

Das Projekt «Auf sicherem Boden - Freiwillige unterstützen Flüchtlinge ergänzend zur Fachtherapie», welches vom SRK in Zusammenarbeit mit den UPK angeboten wird, ist dem Zürcher Brückenbauer*innen-Projekt sehr ähnlich. Eine Ausweitung des Basler Brückenbauer:innen-Projekts wird daher nicht als sinnvoll erachtet.

3. *Ist der Regierungsrat bereit, für ein solches Projekt zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen?*

Der Regierungsrat verfolgt die Situation aufmerksam und würde bei Bedarf entsprechende Anträge prüfen.

4. *Wie sieht die aktuelle Zusammenarbeit des Kantons mit dem Bundesasylzentrum in Basel betreffend die psychologische Erstversorgung und Informationen für weiterführende Angebote aus?*

Die meisten Geflüchteten aus der Ukraine haben nur einen sehr kurzen Kontakt mit dem Bundesasylzentrum und werden möglichst rasch an Gastfamilien weitervermittelt. Teilweise haben sich Geflüchtete auch erst im Nachhinein registrieren lassen. Bei Bedarf und je nach aktueller Situation findet ein Austausch namentlich zur Notfallversorgung zwischen dem Bundesasylzentrum sowie dem kantonsärztlichen Dienst und der Kantonalen Krisenorganisation statt.

Aus diesem Grund steht das GD im engen Kontakt mit der Sozialhilfe, der GGG Benevol (Rekrutierung und Vermittlung Gastfamilien) sowie dem Bundesasylzentrum und weiteren Organisationen, um Gastfamilien und Multiplikatoren zum Thema psychische Gesundheit und Fluchterfahrung zu schulen und weitere Angebote bekannt zu machen.

5. *Welche anderen Massnahmen unternimmt der Kanton, um die psychische Gesundheit von Geflüchteten zu verbessern?*

Siehe die genannten Massnahmen unter Ziffer 1.

3. Fazit

Die psychotherapeutische Versorgung im Kanton Basel-Stadt ist sehr stark ausgelastet. Aus diesem Grund ist es wichtig, niederschwellige psychosoziale Angebote für belastete Menschen aufzubauen. So auch für Menschen aus Kriegsgebieten. Der Aufbau und die Vernetzung entsprechender Angebote läuft und wird vom Kanton unterstützt. Die weitere Entwicklung des Krieges sowie die Inanspruchnahme der Angebote und die daraus entstehenden Kosten sind zu diesem Zeitpunkt schwierig abzuschätzen. Aus diesem Grund verfolgt der Regierungsrat die Situation aufmerksam und wird bei Bedarf entsprechende Anträge prüfen.

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Handwritten signature of Beat Jans, consisting of stylized letters 'B' and 'J'.

Beat Jans
Regierungspräsident

Handwritten signature of Barbara Schüpbach-Guggenbühl, written in a cursive style.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin